





# VORWORT DES VORSTANDES

---

## Sehr geehrte Geschäftsfreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

ein für die Finanzmärkte turbulent verlaufenes Jahr 2010 liegt hinter uns. Dabei hat sich über alle Schwankungen hinweg das kundenorientierte Geschäftsmodell der Stadt-Sparkasse Solingen erneut bewährt. „**Sparkasse. Gut für Solingen.**“ Damit bringen wir die Ausrichtung am Gemeinwohl unserer Region und ihrer Menschen zum Ausdruck – nicht nur bei der Wahrnehmung unserer Aufgaben als vor Ort größtes Kreditinstitut.

In allen Bereichen unserer Geschäftstätigkeit, ob Kreditversorgung, Beratung von Existenzgründern oder Hilfestellung bei der Schaffung von Wohneigentum, verfolgen wir das Ziel einer langjährigen Partnerschaft mit unseren Kunden und nicht die kurzfristige Gewinnoptimierung.

Der Erfolg dieses nachhaltigen Geschäftsmodells ermöglicht es uns, dauerhaft das kulturelle, sportliche und soziale Leben in unserer Stadt zu bereichern, indem wir zahlreiche gemeinnützige Organisationen unterstützen.

Darüber hinaus lässt sich unser Engagement für Solingen an der Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen ablesen. Die positive Resonanz darauf zeigt, dass wir mit diesen Aktivitäten seit Jahren dazu beitragen, die Vielfalt und Lebensqualität unserer Stadt zu erhalten.

Für das erneut gute Ergebnis im Jahr 2010 gibt es vor allem zwei Gründe: Das Vertrauen unserer Kunden und das Engagement unserer Mitarbeiter. Für beides sagen wir an dieser Stelle herzlichen Dank.

Lothar Heinemann  
(Vorstandsvorsitzender)

Manfred Kartenberg  
(Vorstandsmitglied)

Harald Samorey  
(Vorstandsmitglied)

Detlef Wagner  
(Stellv. Vorstandsmitglied)

# INHALTSÜBERSICHT

---

	Seite
Vorwort des Vorstandes	1
<b>Lagebericht 2010</b>	3
A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage	3
B. Nachtragsbericht	10
C. Risikoberichterstattung	10
D. Prognosebericht	12
<b>Bericht des Verwaltungsrates</b>	15
<b>Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010</b>	17
Jahresbilanz	18
Gewinn- und Verlustrechnung	20
<b>Anhang zum Jahresabschluss 2010</b>	21
Grundlagen der Rechnungslegung	21
Erläuterungen zur Bilanz	24
Mitarbeiter/-innen	34
Verwaltungsrat	35
Vorstand	35
<b>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</b>	37
<b>Freiwillige ergänzende Angaben außerhalb des Jahresabschlusses</b>	38
<b>Impressum</b>	39

## A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

### 1. Geschäft und Rahmenbedingungen

#### 1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Bereits zum Jahreswechsel 2009/2010 war eine gegenläufige Tendenz zum vorangegangenen Konjunkturereinbruch zu beobachten. Diese Entwicklung setzte sich 2010 in einem Umfang fort, der die erwarteten Wachstumszahlen von maximal 2,1 % deutlich überstieg. Die Stärke der konjunkturellen Erholung wies mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,6 % den höchsten Zuwachs seit der deutschen Wiedervereinigung auf. Dazu trugen sowohl das weiterhin hohe Niveau des privaten Konsums als auch die wieder erstarkten Bereiche Investitionen (+5,5 %) und Außenhandel (Ausfuhren: +14,2 %) bei. Zusätzlich übertraf die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt alle Erwartungen.

Dabei war die Entwicklung des BIP im Jahresverlauf 2010 uneinheitlich. Die im ersten und letzten Quartal eher geringen Zuwächse sind im Wesentlichen auf die ungewöhnlich starken und lang anhaltenden winterlichen Verhältnisse zu Beginn und Ende des Jahres zurückzuführen. Das zweite Quartal wies dagegen mit einer Wachstumsrate von 2,2 % den höchsten Wert seit 20 Jahren auf.

Aufgrund der positiven Entwicklung im Berichtszeitraum konnte der gesamtwirtschaftliche Produktionsrückgang des Vorjahres (-4,7 %) weitgehend wieder aufgeholt werden, das Ausgangsniveau vor der Krise ist allerdings noch nicht wieder erreicht. In den meisten Prognosen für das Jahr 2011 wird von einer moderaten Fortsetzung des Aufschwungs ausgegangen. Die Erwartungswerte liegen zwischen +2,2 % und +2,5 %.

Der Außenhandel trug mit +1,1 %-Punkten zur Erholung des BIP bei. Mit einem Zuwachs von 14,2 % bei den Ausfuhren konnte das Vorjahresminus wieder aufgeholt werden. Die steigende Nachfrage des Auslands wurde dabei wesentlich von den Schwellenländern getragen. Auch die Einfuhren stiegen aufgrund der verbesserten Konjunkturlage um 13 %. Ähnlich hohe Wachstumsimpulse kamen von den Investitionen (Anteil am BIP-Zuwachs: +1,0 %-Punkte). Auch hier war mit +5,5 % eine deutliche Gegenbewegung zum Vorjahreseinbruch (-10,1 %) festzustellen. Dabei entfiel der größte Anteil auf die Ausrüstungsinvestitionen, die preisbereinigt um 9,4 % zunahmen. Dass der Zuwachs bei Bauinvestitionen mit 2,8 % deutlich geringer ausfiel, ist u.a. auf die Witterungsbedingungen zum Jahresende zurückzuführen.

Als weitere Stützen des Aufschwungs erwiesen sich sowohl der staatliche als auch der private Konsum. Der Staat steigerte seine Ausgaben nochmals um 2,2 %. Der daraus resultierende Wachstumsbeitrag betrug 0,4 %-Punkte. Der private Konsum stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 %, obwohl die Sparquote mit 11,4 % das ohnehin schon hohe Niveau des Vorjahres noch einmal übertraf. Bemerkenswert ist der erneute Zuwachs der Konsumausgaben auch insofern, als die hohen, in 2009 vorgezogenen Ausgaben aufgrund der „Abwrackprämie“, nicht zu einem für 2010 befürchteten Rückgang der privaten Konsumausgaben insgesamt führten.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt übertraf alle Erwartungen. Statt der erwarteten leichten Erhöhung der Arbeitslosenquote sank diese um 0,5 %-Punkte auf 7,7 %. Die Zahl der Arbeitslosen unterschritt im Oktober erstmals seit knapp zwei Jahren wieder die 3-Millionen-Marke. Die Erwerbstätigenzahl war im Jahresdurchschnitt mit 40,5 Mio. auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag im November 2010 über dem Vorkrisenniveau. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich insofern auch qualitativ verbessert.

---

Die Verbraucherpreise sind im Berichtsjahr trotz der anziehenden Konjunktur nur geringfügig um 1,1 % und damit etwas mehr als im Vorjahr (+0,4 %) gestiegen. Gegen Jahresende beschleunigte sich der Preisauftrieb jedoch deutlich, insbesondere für Energie und Nahrungsmittel. Der Index für Einfuhrpreise lag im Dezember 2010 um 12 % über dem Vorjahresstand und wies damit die höchste Jahresteuerrate seit 30 Jahren auf.

Die bundesweite positive Entwicklung spiegelt sich auch im Bild der regionalen Wirtschaftslage wider, wenn auch lokal unterschiedlich. In allen Industriezweigen - mit Ausnahme der Metallherzeugung - war ein deutlicher Anstieg zu beobachten. Dieser fiel im Fahrzeugbau mit über 30 % besonders deutlich aus.

Auf dem regionalen Arbeitsmarkt kam es zu einer prozentual annähernd gleich hohen Entlastung wie deutschlandweit. Die Arbeitslosenquote lag aber weiterhin sowohl über dem Landes- als auch über dem Bundesdurchschnitt.

## 1.2 Berichterstattung über die Branchensituation

In den Staatshaushalten machten sich im Jahr 2010 die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nochmals deutlich bemerkbar. Der Staatssektor wies in Deutschland mit voraussichtlich 88,6 Mrd. Euro das höchste, jemals gemessene Staatsdefizit aus. Im Hinblick auf die immer noch nicht vollständig gebannte Gefahr für das weltweite Finanzsystem und die Stützungsmaßnahmen für die finanzschwachen Euroländer hielt die EZB während des gesamten Jahres 2010 an ihrer Politik der überreichlichen Liquiditätsversorgung des Finanzsektors fest. Dies erfolgte einerseits durch unverändert niedrige Leitzinssätze und andererseits durch Liquiditätsbereitstellung über unbegrenzte Tendergeschäfte sowie ein Ankaufprogramm für Anleihen finanzschwacher Euroländer. Ob es als Folge der zum Jahresende gestiegenen Inflationstendenz im Jahr 2011 zu einem verschärften Zinsanstieg kommt, kann zur Zeit noch nicht abgeschätzt werden.

Die rheinischen Sparkassen verzeichneten im Jahr 2010 eine insgesamt zufriedenstellende Geschäftsentwicklung. Das Kreditgeschäft mit Kunden konnte nach dem verstärkten Engagement in 2009 nochmals - wenn auch vergleichsweise mäßig - ausgebaut werden. Gleichzeitig kam es zu Mittelzuflüssen bei den Kundeneinlagen, wobei sich der Trend zur Umschichtung in liquiditätsnahe Einlagenformen fortsetzte. Angesichts der Diskussion um die Stabilität des Euro und die sich ausweitende Verschuldungskrise in Europa nehmen viele Kunden hier auch weiterhin eine abwartende Haltung ein. Im Wertpapiergeschäft mit Kunden gingen die Umsätze wie auch der Nettoabsatz von Wertpapieren zurück.

Mit der nunmehr dritten Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurden die regulatorischen Rahmenbedingungen erneut konkretisiert und um ergänzende Anforderungen erweitert - insbesondere an die Durchführung von Stresstests und das Management von Liquiditätsrisiken. Die aktualisierten MaRisk gelten grundsätzlich seit ihrer Veröffentlichung am 15.12.2010, für die vollumfängliche Umsetzung der Anforderungen wurde jedoch eine Frist bis zum 31.12.2011 eingeräumt.

Am 16.12.2010 wurden die neuen Regelungen der internationalen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Die deutlich ausgeweiteten Eigenkapitalanforderungen stellen den Kern des Regelwerks dar. Sie treten stufenweise vom 1.1.2013 bis zum 1.1.2019 in Kraft und erfordern aus derzeitiger Sicht eine kontinuierliche Dotierung der Rücklagen.

## 1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen der Stadt-Sparkasse Solingen

### Rechtsnatur

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

### Träger

Träger der Stadt-Sparkasse Solingen ist die Stadt Solingen; sie war früher verpflichtet, für die Stadt-Sparkasse Solingen und die bei ihr eingelegten Kundengelder finanziell einzustehen. Diese Verpflichtung gegenüber der Sparkasse wird als „Anstaltslast“ bezeichnet, die unmittelbare Verpflichtung gegenüber den Kunden als „Gewährträgerhaftung“. Im Juli 2005 hat sich die Rechtslage diesbezüglich geändert.

---

Die Anstaltslast wurde am 19.07.2005 durch eine normale Eigentümerbeziehung nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ähnlich denen eines privaten Anteilseigners und einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ersetzt.

Die Gewährträgerhaftung läuft nach einem gestaffelten Zeitplan aus bzw. wurde abgeschafft. Die Übergangsregelung sieht vor, dass die bis zum 18.07.2001 begründeten Verbindlichkeiten des Instituts bis zum Ende ihrer Laufzeit, also ohne zeitliche Beschränkung, von der Haftung des Gewährträgers gedeckt werden. Die in der Übergangsphase vom 19.07.2001 bis zum 18.07.2005 begründeten Verbindlichkeiten werden bis zum 31.12.2015 von der Gewährträgerhaftung umfasst, sofern die Laufzeit dieser Verbindlichkeiten nicht über den 31.12.2015 hinausreicht. Die nach dem 18.07.2005 begründeten Verbindlichkeiten des Instituts unterliegen nicht mehr der Gewährträgerhaftung.

Diese Änderungen haben für die Stadt-Sparkasse Solingen lediglich formale Auswirkungen, die Sicherheit der Kundengelder wird aufgrund der Sicherungseinrichtungen praktisch nicht berührt.

#### **Sicherungseinrichtungen**

Die Sicherung der Institute erfolgt durch den Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der gegenüber jedem Sparkassenkunden einer unbegrenzten Haftungsverpflichtung unterliegt. Alle Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sind dem leistungsfähigen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es besteht aus drei Elementen, die in einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbunden sind:

- den Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Alle Sicherungsfonds sind in einem bundesweiten Haftungsverbund zusammengeschlossen. In einem Krisenfall steht dadurch das Gesamtvolumen aller Fonds für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung.

Die Deutsche Bundesbank betont, dass die Institutssicherung der Sparkassen und anderer Verbundgruppen ein wesentliches Element der Stabilität des deutschen Bankenmarktes ist.

#### **Grundlagen der Geschäftstätigkeit**

Die Stadt-Sparkasse Solingen betreibt alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kreditgeschäft, Kontoführung, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Zahlungsverkehr u. Ä.) auf der Grundlage ihrer Satzung und der Sparkassengesetzgebung für NRW.

#### **Unternehmenszweck, öffentlicher Auftrag**

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist ein Wirtschaftsunternehmen unter der Trägerschaft der Stadt Solingen mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Entsprechend ihres öffentlichen Auftrages stärkt sie den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördert die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Die Stadt-Sparkasse Solingen trägt zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Kreditversorgung dient - entsprechend dem gesetzlichen Auftrag - vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

Die Geschäfte der Stadt-Sparkasse Solingen sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

#### **Regionalprinzip**

Die regionale Verankerung und die geschäftspolitische Grundorientierung der Sparkassen, insbesondere der Stadt-Sparkasse Solingen, bleiben unverändert. Die Institute werden sich weiterhin am Gemeinwohl orientieren und ihre flächendeckende Präsenz erhalten. Mit ihrer ganzen Kraft können und werden sie sich wie bisher für den privaten Kunden und den gewerblichen Mittelstand vor Ort sowie die

Regionen einsetzen. Auch künftig stellen sie in ihrem Geschäftsgebiet die kreditwirtschaftliche Versorgung für alle Gruppen der Bevölkerung sicher.

## 1.4 Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Stadt-Sparkasse Solingen verlief im Jahr 2010 insgesamt zufriedenstellend. Das Kundenkreditgeschäft hielt sich ungefähr auf Vorjahresniveau. Im Einlagenbereich agierten die Kunden wie schon im Vorjahr renditeorientiert, wobei verstärkt kurzfristige Anlagen nachgefragt wurden. Insgesamt führte dies zu einem Zuwachs von fast 5 %. Im Kundenwertpapiergeschäft war das Gesamtvolumen der Wertpapierkäufe in Euro mit dem der Wertpapierverkäufe nahezu identisch. Per Saldo stieg die gesamte Geldvermögensbildung bei unseren Kunden leicht an.

In einigen Positionen (Bilanzsumme, Kreditvolumen) blieben die Werte geringfügig unter der letztjährigen Prognose; das Zinsergebnis hingegen übertraf unsere vorsichtige Einschätzung. Ebenfalls besser als erwartet stellt sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft dar, der Grund hierfür liegt u. E. in der deutlicher als erwartet ausgefallenen wirtschaftlichen Erholung. Der geringfügige Bewertungsaufwand für unsere Eigenanlagen wich nur unwesentlich von der erfolgsneutralen Prognose ab.

### Bilanzwirksames Geschäft

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.062	2.132	-70	-3,3
Kreditgeschäft (insgesamt)	1.382	1.390	-8	-0,6
Eigenanlagen				
- Schuldverschreibungen u. andere festverzinsliche Wertpapiere	312	373	-61	-16,4
- Aktien und andere nicht verzinsliche Wertpapiere <sup>1)</sup>	183	192	-9	-4,7
Einlagen von Kunden	1.544	1.477	67	4,5
- Spareinlagen	663	658	5	0,8
- Andere Verbindlichkeiten	881	819	62	7,6
Inhaberschuldverschreibungen	56	79	-23	-29,1
Sicherheitsrücklagen (einschl. Bilanzgewinn)	133	130	3	2,3
Fonds f. allg. Bankrisiken (nach § 340g HGB) <sup>2)</sup>	9	4	5	

1) einschl. Handelsbestand

2) davon Ansparung für WestLB AG: insgesamt 2,5 Mio. Euro (Vorjahr 1,3 Mio. Euro)

## 2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

### 2.1 Ertragslage

Die Ertragslage in 2010 ist insgesamt zufriedenstellend. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist bei einigen Positionen nur bedingt möglich, da das in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) zum Teil andere Ausweissvorschriften vorsieht.

So fließen in das Nettoergebnis aus Handelsgeschäften (Vorjahre: Nettoergebnis aus Finanzgeschäften) ab 2010 ausschließlich die Erfolge des Handelsbestandes ein. Die hier bis 2009 auch ausgewiesenen Erfolge aus Sorten, Devisen und Edelmetallen werden ab 2010 im Provisionsergebnis bzw. in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen erfasst. Gemäß Art. 67 Abs. 8 Einführungsgesetz

---

zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) haben wir auf die Anpassung der Vorjahreszahlen an die geänderten Bewertungsmethoden verzichtet.

Die gegenüber 2009 deutliche Erhöhung des Zinsergebnisses liegt in einem Sonderfaktor des Vorjahres begründet: Im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos wurden mehrere Swapgeschäfte aufgelöst. Dies führte zu einem außerordentlichen Zinsaufwand von rd. 8,6 Mio. Euro.

Auffallend ist außerdem die starke Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Hier ergab sich im Rahmen der Bewertung von Devisengeschäften in Schweizer Franken ein Aufwand in Höhe von rd. 5,6 Mio. Euro. Eine Nachkalkulation aller Geschäfte in Schweizer Franken ergab, dass die (Zins-)Vorteile der Vergangenheit diesen Aufwand überkompensieren.

Bedingt durch die Einführung des BilMoG erfolgt der Ausweis der Veränderungen des Fonds für allgemeine Bankrisiken nicht mehr im Bereich Bewertungsergebnis, sondern als eigenständiger GuV-Posten. In diesem Zusammenhang haben wir die Vorjahreszahl des Bewertungsergebnisses sowie der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in der nachstehenden Tabelle angepasst.

Wie im Vorjahr haben wir zur Bewertung der Wertpapiere und Finanzinstrumente des Handelsbestandes untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen. Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Aktive Märkte haben wir im Wesentlichen für börsennotierte Aktien und Investmentfondsanteile festgestellt. Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender Zeitwert verwendet. Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden (Zeit-) Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Die Handelsaktiva wurden mit dem Mittelkurs am Abschlussstichtag bewertet. Insbesondere aufgrund der weiterhin anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise waren jedoch die Märkte für überwiegende Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Lagen keine entsprechenden Informationen vor, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Bei diesen Marktinformationen handelt es sich u.a. um konkrete Kaufangebote oder herangezogene Vergleichsrenditen.

Für eine Anleihe erfolgte eine modellbasierte Bewertung mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell). Der aus dem Wertpapier nach den vertraglichen Vereinbarungen erwartete Cashflow wurde dabei mit einem geeigneten Zins abgezinst. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag (Spread) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins diente die aus dem Interbankenhandel abgeleitete "Swap-Kurve"; der Spread wurde mit Hilfe von Marktinformationen der Agentur Reuters, die mit Veröffentlichungen weiterer Marktteilnehmer plausibilisiert wurden, ermittelt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Für das Geschäftsjahr 2010 wurde eine zusätzliche Risikovorsorge in Höhe von 4,5 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen (davon Ansparung für WestLB AG 1,2 Mio. Euro, Zuführung aus Nettoerträgen des Handelsbestands gem. § 340 e Abs. 4 HGB 0,1 Mio. Euro). Gleichzeitig verringerte sich die Steuerlast 2010 im Vergleich zu 2009, es verblieb ein Jahresüberschuss in Vorjahreshöhe.

	GuV-Pos.	2010 Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	Veränder. in Tsd. EUR	Veränder. in %
Zinsergebnis	Saldo 1-4	52.782	43.038	9.744	22,6
Provisionsergebnis	Saldo 5-6	13.964	13.772	192	1,4
Nettoergebnis aus Handelsgeschäften <sup>1)</sup>	7	143	777	-634	-81,6
Sonstige betriebliche Erträge	8	3.793	3.842	-49	-1,3
Gesamterträge		70.682	61.429	9.253	15,1
Verwaltungsaufwand	10	44.832	46.088	-1.256	-2,7
AfA auf immat. Anl.- werte u. Sachanlagen	11	2.317	2.446	-129	-5,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen <sup>2)</sup>	12	7.808	1.027	6.781	
Ergebnis vor Bewertung		15.725	11.868	3.857	32,5
Bewertungsergebnis (saldiet, Ertrag)	Saldo 13-16	0	4.601	-4.601	
Bewertungsergebnis (saldiert, Aufwand)	Saldo 13-16	826	0	826	
Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken	18	4.400	4.000	400	10,0
Aufwendungen aus der Umstellung auf BilMoG	20, 21	2.301	0	2.301	
Steuern	23, 24	4.625	8.940	-4.315	-48,3
Jahresüberschuss		3.573	3.529	44	1,2

1) Vorjahr = Nettoergebnis aus Finanzgeschäften; die Werte sind nur eingeschränkt vergleichbar, da die Vorjahreszahlen nicht an die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes angepasst wurden. Das Nettoergebnis 2010 versteht sich nach Kürzung der Zuführung zum Fonds für allgem. Bankrisiken gem. § 340 e Abs. 4 HGB um 144 Tsd. Euro.

2) in 2010 davon Bewertungsaufwand für CHF-Verpflichtungen: 5.649 Tsd. Euro

Kennziffer:

	2010	2009
Aufwands-/Ertragsrelation*	75,0	80,4

\*Verwaltungsaufwand und AfA auf immat. Anlagewerte u. Sachanlagen in % zu (Zinsergebnis + Provisionsergebnis + Nettoergebnis aus Handelsgeschäften 1) + sonst. betriebliche Erträge – sonstige betriebliche Aufwendungen)

## 2.2 Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Stadt-Sparkasse Solingen war im Jahr 2010 jederzeit gegeben. Liquiditätskredite bei Kreditinstituten wurden zurückhaltend in Anspruch genommen. Gemäß der Liquiditätsverordnung (LiqV) wird die Liquidität als ausreichend bewertet, wenn die in einem Monat zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraumes zu erwartenden Zahlungsabflüsse decken. Die so errechnete Liquiditätskennzahl muss mindestens 1,0 betragen. Diese Relation betrug zum Ende des Vorjahres 3,38 und wurde weder im Laufe des Jahres 2010 noch zum Bilanzstichtag (Kennzahl 2,70) unterschritten.

## 2.3 Vermögenslage

Die Bewertung der Aktiva und Passiva entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Alle Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden. Der gesamte Wertpapierbestand wurde wie folgt bewertet:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<b>Aktiva 5</b>			
<b>Umlaufvermögen</b>			
Festverzinsliche gedeckte Wertpapiere	29,9	nein	Indikativer Preis
Festverzinsliche sonstige Wertpapiere	140,7	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche Wertpapiere	127,1	nein	Indikativer Preis
Wertpapier aus Bewertungseinheit	5,8	nein	Bewertungsmodell
Zurückgekaufte eigene IHS	2,0	ja	Marktpreis
<b>Aktiva 6</b>			
<b>Umlaufvermögen</b>			
Spezialfondsanteile	82,3	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Publikumsfondsanteile	28,8	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Genussscheine	1,5	nein	Indikativer Preis
<b>Anlagevermögen</b>			
Aktien	0,6	ja	Börsen-/Marktpreis
Spezialfondsanteile	67,4	ja	Rücknahmewert gem. InvG

Wir haben keine Umwidmungen von Wertpapieren des Umlaufvermögens in das Anlagevermögen getätigt. Somit wurden unsere Wertpapiere, wie in den Vorjahren, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die Sicherheitsrücklage beträgt 128,9 Mio. Euro. Vom Jahresüberschuss in Höhe von 3,6 Mio. Euro werden voraussichtlich 2,8 Mio. Euro der Sicherheitsrücklage nach den entsprechenden Beschlüssen zugeführt.

Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Stadt-Sparkasse Solingen über weitere ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel - bezogen auf die mit 12,5 multiplizierte Summe aus dem Gesamtanrechnungsbetrag für Adressenrisiken, dem Anrechnungsbetrag für das operationelle Risiko und der Summe der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen - überschreitet per 31.12.2010 bei einer aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer von 14,6 % (Vorjahr 15,1 %) deutlich den in der Solvabilitätsverordnung (SolvV) für die vierteljährliche Ermittlung vorgeschriebenen Mindestwert von 8,4 %.

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung stellt sich die Lage der Stadt-Sparkasse Solingen unverändert positiv dar.

### 3. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

#### Umweltaspekte

Als Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe wurde die Stadt-Sparkasse Solingen 2010 mit dem GreenIT Best Practice Award ausgezeichnet. Dieser Preis wurde den Sparkassen unter anderem dafür überreicht, dass sie flächendeckend die energieintensiven PCs durch energieeffiziente Thin Clients ersetzt haben und dadurch nachhaltig Umweltbelastungen gesenkt und Ressourcen geschont werden. Daneben hat die Stadt-Sparkasse Solingen an einem bundesweiten Projekt zur Etablierung der „elektronischen Rechnung“ teilgenommen.

#### Förderung gemeinnütziger/ karitativer Einrichtungen und Projekte

Die Zielsetzung der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe unterscheidet sich deutlich von den Groß- und Privatbanken, die in erster Linie die Gewinnmaximierung im Fokus haben. Als Institute der Bürgerinnen und Bürger gestalten die Sparkassen das wirtschaftliche Leben aktiv mit und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und sozialen Balance in Deutschland. Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement tragen die Sparkassen dazu bei, die Lebensqualität in den Regionen zu steigern.

Verlässlich und beständig engagiert sich die Stadt-Sparkasse Solingen für Sport und Kultur, für die Wirtschaft der Region und Jahr für Jahr für soziale Projekte. Denn ohne

---

aktive Vereine, eine reichhaltige Kultur und eine gesunde Wirtschaftsstruktur geht der Zusammenhalt verloren. „Sparkasse. Gut für Solingen.“ lautet daher das Motto.

In 2010 wurden insgesamt rd. 525 Tsd. Euro (einschl. PS-Zweckertrag) für gemeinnützige Zwecke gespendet und weitere 750 Tsd. Euro (abzgl. KapSt und Soli) dem Träger für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung gestellt.

## B. Nachtragsbericht

Es hat keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Jahresultimo 2010 gegeben.

## C. Risikoberichterstattung

### Risikomanagement und Risikocontrolling Risikomanagementziele

Ziel des Risikomanagements ist es, unter Beachtung der gesetzlichen, satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, nur überschaubare Risiken einzugehen, ohne die sich bietenden Marktchancen auszulassen. Hierzu dient eine breite Diversifizierung der Anlagen und geschäftlichen Aktivitäten, die wiederum eine Steuerung und Risikomessung unterschiedlicher Kategorien erforderlich macht.

### Organisation und Methodik

Die Risikosteuerung der Stadt-Sparkasse Solingen wird von der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen unter Mitwirkung anderer Abteilungen wahrgenommen. Sie sind verantwortlich für die Erfassung der Risiken und überwachen die Einhaltung von Limiten. Dabei werden für Teilbereiche im Sparkassenverbund entwickelte Modelle eingesetzt. Die gesamte Risikosteuerung und -überwachung erfolgt in Organisationseinheiten, die nicht im Markt tätig sind, bzw. durch den Gesamtvorstand. Darüber hinaus sind Risikomessung, -bearbeitung und -steuerung Prüffelder der Internen Revision.

Für die Messung von Adressenrisiken, Beteiligungsrisiken, Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken und operationellen Risiken kommen verschiedene Methoden wie Expertenschätzung, Durchschnitts- und Höchstbetragsberechnungen zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Vermögenslage sowie die Gewinn- und Verlustrechnung beurteilt.

Einige Risiken werden zusätzlich mit einem „Value-at-Risk-Ansatz“ gemessen. Damit wird ein Betrag für mögliche barwertige Vermögensverluste angegeben, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Weiterhin erfolgen „Worst-Case-Betrachtungen“, bei denen besonders starke Veränderungen unterstellt werden. Unabhängig davon werden mit separaten Stresstest-Berechnungen auch außergewöhnliche, aber plausibel erscheinende extrem belastende Ereignisse abgebildet.

Zur Absicherung werden auch derivative Finanzinstrumente eingesetzt (in einem Fall erfolgte die Bildung einer Bewertungseinheit gem. § 254 HGB - siehe Zinsänderungsrisiken). Einzelheiten zu Art und Umfang der Geschäfte sind im Anhang zum Jahresabschluss (Seite 31) aufgeführt.

### Adressrisiken

Als Basis für die Steuerung von Adressenrisiken nutzt die Stadt-Sparkasse Solingen seit dem Jahr 2002 das einheitliche Rating der Sparkassen-Finanzgruppe.

Firmenkunden, Gewerbekunden, Geschäftskunden, Freiberufler, Existenzgründer und Investoren werden ab bestimmten Größenordnungen mit dem Standard-, Immobiliengeschäfts- oder Kunden-Kompakt-Rating bewertet. Für das Privatkreditneugeschäft wird das DSGVO-Antrags-Scoring, im Bestandsgeschäft ein Verhaltens-Scoring eingesetzt. Die Rating-Einstufung ist weitgehend auch Grundlage für die Ermittlung risikoadjustierter Kreditkonditionen. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus externen Ratings und Informationen öffentlicher Stellen berücksichtigt. Veränderungen der Risikolage werden vierteljährlich in Berichtsform zusammengefasst und dem Aufsichtsorgan zur Kenntnis gegeben.

---

	<p>Schwerpunktmäßig kommen unsere Ausleihungen nach wie vor dem örtlichen Mittelstand zugute, dabei stellt sich der Anteil des verarbeitenden Gewerbes und der gewerblichen Wohnungsbaugenossenschaften im Verbandsvergleich überdurchschnittlich dar. Gleichwohl sind erhöhte Risiken aus der Struktur der Ausleihungen im abgelaufenen Jahr nicht erkennbar geworden. Kreditsicherheiten werden zur Reduzierung der Ausfallrisiken im notwendigen Umfang hereingenommen. Die Eigenanlagen sind ebenfalls mit Adressenrisiken verbunden. Hier ist ein Limitsystem unter Beachtung des Kontrahenten- bzw. Emittentenrisikos - auch unter Verwendung von Ratingnoten externer Ratingagenturen - festgelegt.</p>
<b>Marktpreisrisiken</b>	<p>Für die nach den MaRisk klassifizierten Handelsgeschäfte werden täglich - gemäß speziellen, vom Vorstand verabschiedeten Rahmenbedingungen - das Marktpreisrisiko und das betriebswirtschaftliche Ergebnis berechnet.</p>
Zinsänderungsrisiken	<p>Für die passive Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos werden monatlich nahezu alle einstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht (unter Einbeziehung zinssichernder Swapgeschäfte in einem Umfang von 259,5 Mio. Euro per Jahresende) abgebildet. Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos aus einer Anlage im Volumen von 9,5 Mio. Euro wurde eine Bewertungseinheit gem. § 254 HGB gebildet (zur Bilanzierung und Bewertung siehe Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss, Seite 32). Für Produkte mit optionalen Bestandteilen wurden geeignete Annahmen getroffen. Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos nimmt der „Treasury-Ausschuss“ wahr, der sich aus dem Vorstand sowie Vertretern der Fachbereiche zusammensetzt.</p> <p>Zusätzlich werden vierteljährlich anhand von Szenarioberechnungen die Auswirkungen von Zinsänderungen auf die Ertragslage (Zinsspannenrisiko) berechnet.</p>
Kursrisiken	<p>Anhand unterschiedlicher Szenarien wird vierteljährlich der mögliche Bewertungsverlust für den Wertpapierbestand (verzinsliche Wertpapiere, Anteilspapiere, Fonds) ermittelt. Hierin enthalten ist auch das z. Z. nicht separat ermittelte Spreadrisiko.</p>
Währungsrisiken	<p>Die Risikowerte für die nicht abgesicherten Fremdwährungspositionen werden vierteljährlich ermittelt. Zum Jahresabschluss 2010 ergab sich aus dem historischen Tiefstkurs des Euro zum Schweizer Franken ein Bewertungsbedarf für die CHF-Verpflichtungen von rund 5,6 Mio. Euro. Weitere Belastungen sind nicht zu erwarten, da entsprechende Absicherungsgeschäfte erfolgten bzw. kurzfristig vorgenommen werden.</p> <p>Für alle aufgeführten Marktpreisrisiken erwarten wir keine Belastungen, die die Risikotragfähigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen gefährden könnten.</p>
Beteiligungsrisiken	<p>Aufgrund des überschaubaren Umfangs der Beteiligungen wird deren Risiko vierteljährlich pauschal ermittelt. Im Hinblick auf die anhaltende Diskussion um die Situation der WestLB AG wird dem Beteiligungsrisiko aus Verbundbeteiligungen in der Worst-Case-Betrachtung der Risikotragfähigkeitsberechnung ein hohes Gewicht beigemessen - unabhängig von den verbandsseitig ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG.</p>
Liquiditätsrisiken	<p>Die Stadt-Sparkasse Solingen verfügt über eine einwandfreie Bonität, die Liquiditätsbeschaffung konnte jederzeit im erforderlichen Umfang über die Sparkassen-Finanzgruppe sowie den Geld- und Kapitalmarkt problemlos vorgenommen werden. Darüber hinaus ist der überwiegende Teil des Wertpapierbestandes kurzfristig beleihbar. Die Liquiditätsrisiken sind des Weiteren durch die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen begrenzt. Zusätzlich werden auf der Grundlage dieser Rahmenbedingungen monatliche Szenarioberechnungen zur Einschätzung der Wahrscheinlichkeit eines verstärkten Mittelabflusses durchgeführt.</p> <p>Das Liquiditätsrisiko wird aus Sicht der Sparkasse überwiegend unter Kostengesichtspunkten betrachtet. Liquiditätsengpässe waren - auch im Verlauf der Finanzkrise - nicht feststellbar und werden auch künftig nicht erwartet.</p>

---

## Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken sind die Risiken zusammengefasst, die ihre Ursachen in inadäquaten und fehlerhaften internen Prozessen, Personen und Systemen oder externen Ereignissen haben. Die Berechnung der notwendigen Eigenkapitalunterlegung erfolgt mit dem so genannten „Basisindikatoransatz“, der sich am Bruttoertrag orientiert. Zusätzlich wird für unser Haus ein interner Risikowert ermittelt, der sich aus der Bilanzsumme ableitet und die verbindliche Untergrenze des Risikovolumens darstellt.

Risikomindernd wirken die Vorgaben in den für alle Geschäftsbereiche erstellten Arbeitsanleitungen, deren Einhaltung regelmäßig durch die Interne Revision überwacht wird. Außerdem verfügt die Stadt-Sparkasse Solingen im Interesse einer Minimierung operationeller Risiken über ein funktionierendes Qualitätsmanagement und diverse Versicherungen. Als mögliche Quelle von operationellen Risiken steht insbesondere die elektronische und automatisierte Datenverarbeitung im Blickfeld. In diesem Bereich wirken abgestufte Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse und die enge Abstimmung mit unserem IT-Dienstleister Finanz Informatik unbefugten Zugriffen und dem Missbrauch vertraulicher Informationen entgegen.

Seit 2008 wird ein Steuerungssystem eingesetzt, das insbesondere die Ziele Risikoidentifikation, Risikoanalyse und damit die Vermeidung bzw. Verminderung von Schäden verfolgt. Vor diesem Hintergrund schätzen wir die Gefahr des Eintritts übermäßiger operationeller Risiken als gering ein.

## Sonstige Risiken

Hier sind die Risiken im Zusammenhang mit der erforderlichen Stabilisierung der WestLB AG zu nennen. Diesem Risiko wird im Rahmen des RSGV-Ansparmodells durch ausreichende Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken Rechnung getragen. Darüber hinaus sehen wir aufgrund des bereits vorhandenen Risikodeckungspotenzials auch für den eventuell notwendigen Fall der Bildung einer entsprechenden Rückstellung keine untragbare Belastung unserer Risikotragfähigkeit. Die Einzelheiten zu den ergriffenen Maßnahmen sind im Teil D (Prognosebericht) beschrieben.

## Gesamtrisikosituation

Die Beurteilung und Überwachung der Einzelrisiken wird durch eine vierteljährliche Risikotragfähigkeitsanalyse ergänzt, die dem Aufsichtsorgan regelmäßig zur Kenntnis gegeben wird. Das Gesamtbankrisiko war danach durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial (wirtschaftliches Eigenkapital nach Abzug des notwendigen Haftkapitals gem. SolvV) jederzeit ausreichend abgesichert.

Die Gesamtrisikosituation wird grundsätzlich neben den Zinsänderungsrisiken vor allem durch Kreditrisiken geprägt und wies lediglich 2010 mit erhöhtem sonstigen Bewertungsaufwand (Währungsrisiken) einen abweichenden Schwerpunkt auf. Durch verschiedene Steuerungsmaßnahmen konnte der notwendige Bewertungsaufwand in den letzten Jahren unter das in der Risikostrategie vorgesehene Ziel reduziert werden. Bei einer aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer von 14,6 % per 31.12.2010 wird der in der Solvabilitätsverordnung für die vierteljährliche Ermittlung vorgeschriebene Mindestwert von 8,4 % deutlich überschritten. Damit ist die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung gegeben.

Die Auslastung der Risikolimiten lag während des Geschäftsjahres innerhalb der auf Gesamtbankebene festgelegten Grenzen. Dies gilt nicht für die Limitierung der Währungs- und Beteiligungsrisiken. Diesen Risiken wurde mit entsprechenden Maßnahmen begegnet.

Die Stadt-Sparkasse Solingen steuert ihre Risiken in einer dem Geschäftsumfang und der Risikointensität angemessenen Weise.

## D. Prognosebericht

Unsere Erwartungen gründen sich auf die zum Zeitpunkt der Berichterstattung vorliegenden Prognosen u.a. des statistischen Bundesamts sowie der

---

Wirtschaftsforschungsinstitute. Die tatsächlichen Ergebnisse können jedoch von den Prognosen abweichen, insbesondere bei Eintritt von unvorhersehbaren Ereignissen.

Übereinstimmend wird in den Berichten der Wirtschaftsforschungsinstitute von einer - wenn auch moderaten - Fortsetzung des bisherigen Aufschwungs ausgegangen. Die entsprechenden Prognosen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland liegen für 2011 zwischen 2,2 % und 2,5 %. Als Bremsfaktoren für die Konjunktur könnten sich jedoch mittelfristig das noch immer bestehende Problem der hohen Staatsverschuldung und die zuletzt deutlicheren Inflationstendenzen erweisen. Insbesondere für die Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise erwarten wir ein deutlich höheres Niveau. Die Stadt-Sparkasse Solingen kann jedoch möglichen negativen Entwicklungen, besonders im Bereich der Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken, durch den Einsatz geeigneter Verfahren rechtzeitig entgegensteuern.

Auf dem Arbeitsmarkt ist nach der positiven Entwicklung des vergangenen Jahres mit einer weiteren leichten Verbesserung zu rechnen, so dass die Zahl der Arbeitslosen im laufenden Jahr wahrscheinlich unter 3 Mio. bleibt. Für die Arbeitslosenquote rechnen wir im Jahresdurchschnitt 2011 mit einem Wert knapp oberhalb der 7 %-Marke und entsprechend der Erwartung des Instituts für Weltwirtschaft (IWF) mit einem deutlichen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt sowie die zu erwartenden Einkommenszuwächse aus anstehenden Tarifverhandlungen dürften die Konsumneigung positiv beeinflussen. Für die Sparquote erwarten wir keine große Veränderung zum hohen Vorjahreswert von 11,4 %.

Am Geld- und Kapitalmarkt ist zunächst noch von einem nur geringfügigen Anstieg des Zinsniveaus auszugehen. Für den Fall eines dauerhaften Preisauftriebs mit Inflationsraten oberhalb von 2 % ist jedoch mit geldpolitischen Maßnahmen der EZB zu rechnen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass sich die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch in unserem Geschäftsbereich niederschlägt, insbesondere in der exportorientierten Schneidwarenindustrie sowie im Bereich der Automobilzulieferer.

Im Kreditgeschäft rechnen wir mit einem leicht steigenden Volumen. Dies gilt zum einen für den gewerblichen Bereich, da hier aufgrund der anhaltend positiven wirtschaftlichen Entwicklung entsprechende Investitionsanreize vorliegen. Zum anderen ist auch für den Wohnungsbau wegen des noch günstigen Zinsniveaus ebenfalls von einer positiven Bestandsentwicklung auszugehen. Im Passivbereich erwarten wir ein Andauern des zuletzt beobachteten Kundenverhaltens mit einer deutlichen Präferenz für liquide Anlagen. Die Bilanzsumme wird sich voraussichtlich auf Höhe des Vorjahres bewegen.

Für das Zinsergebnis erwarten wir aufgrund der zunehmend steileren Zinsstruktur gegenüber dem Vorjahr einen leicht steigenden Ertrag. Das Provisionsergebnis bewegt sich wahrscheinlich auf Vorjahresniveau. Den Bewertungsaufwand im Bereich der Eigenanlagen schätzen wir aufgrund der von uns erwarteten Zinssteigerungen tendenziell höher ein als im vergangenen Geschäftsjahr. Im originären Kreditbereich gehen wir infolge der andauernden wirtschaftlichen Belebung von einem moderaten Bewertungsaufwand aus.

Kosteneinsparungen sind aufgrund der bereits sehr günstigen Struktur wie bisher nur noch in geringem Umfang möglich. Die Personalkosten werden im Rahmen der noch bis Ende 2011 geltenden Tarifvereinbarung nur geringfügig steigen. Investitionen sind lediglich für kontinuierliche Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen und darüber hinaus nicht in größerem Umfang geplant.

Wir erwarten in den nächsten zwei Jahren aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen für den Geld- und Kapitalmarkt moderate Zinserhöhungen. Daher werden wir weiterhin unter Berücksichtigung einer angemessenen Risikovorsorge Ertragschancen durch Fristentransformation und Diversifizierung der Eigenanlagen nutzen.

---

Für das laufende und das folgende Jahr gehen wir von einer weiterhin stabilen Geschäftsentwicklung aus. Wir erwarten Jahresergebnisse etwas oberhalb von 2010, die - vor allem vor dem Hintergrund der künftig erhöhten Eigenkapitalanforderungen von Basel III - zur Stärkung des Eigenkapitals und somit zu einer weiteren Verbesserung der Vermögenslage beitragen sollten. Aufgrund der guten Finanzmittelausstattung und der ausgewogenen Liquiditätsplanung sehen wir uns in der überschaubaren Zukunft weiterhin in der Lage, allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

### **WestLB AG**

Die Anteilseigner der WestLB AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV - mit rd. 25,03 %) haben in einem „verbindlichen Protokoll“ am 24.11.2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG vereinbart. Die Verbandsversammlung des RSGV hat am 10.12.2009 den Verbandsvorsteher ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Verträge zu unterzeichnen und Erklärungen abzugeben.

Auf dieser Grundlage wurden am 11.12.2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (1,61 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung auch im Jahresabschluss 2010 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse nach Ablauf von 10 Jahren findet dann unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 2,5 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2010 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Solingen, 03. März 2011

Vorstand

Heinemann

Kartenberg

Samorey

# BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

---

Der Rat der Stadt Solingen hat in seiner Sitzung am 08. Juli 2010 den Sparkassenorganen Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 erteilt.

Der Verwaltungsrat trat im Jahr 2010 zu fünf Sitzungen zusammen, in denen er Berichte des Vorstandes über die Wirtschafts- und Geschäftslage entgegennahm, Fragen der Geschäftspolitik erörterte und die erforderlichen Beschlüsse fasste.

Der Jahresabschluss 2010 und der Lagebericht wurden von der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt und damit testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Gemäß § 15 Abs. 2 d) SpkG NRW hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2010 festgestellt und den Lagebericht für das Jahr 2010 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3.572.513,52 Euro erfolgt nach § 25 SpkG NRW. Der Verwaltungsrat schlägt gemäß § 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG NRW der Vertretung des Trägers vor, einen Betrag von 2.822.513,52 Euro der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Weiter schlägt der Verwaltungsrat vor, auf die Zuführung des restlichen Betrages von 750.000,00 Euro an den Träger mit der Maßgabe zu verzichten, dass der Verwaltungsrat diesen Betrag als Gewinnverwendung gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW unmittelbar Dritten zur Erfüllung gemeinwohlorientierter örtlicher Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zuführt und damit auf die Förderung des kommunalen, bürgerschaftlichen und trägerschaftlichen Engagements, insbesondere in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport sowie Umwelt, beschränkt.

Solingen, 09. Juni 2011

Verwaltungsrat

Feith, Vorsitzender





---

# Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2010

der Stadt-Sparkasse Solingen

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Düsseldorf

**Aktivseite**

**Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010**

	Euro	Euro	Euro	31.12.2009 Tsd. EUR
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		10.486.379,90		12.514
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>30.635.697,52</u>		<u>31.860</u>
			41.122.077,42	44.374
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		13.047.237,11		670
b) andere Forderungen		<u>58.530.627,45</u>		<u>58.200</u>
			71.577.864,56	58.871
<b>4. Forderungen an Kunden</b>			1.381.840.970,41	1.390.464
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	798.920.998,66 Euro			(781.143)
Kommunalkredite	<u>110.014.834,71 Euro</u>			<u>(118.188)</u>
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			-,-	-
ba) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
bb) von anderen Emittenten		<u>309.454.369,13</u>		<u>371.879</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	294.877.988,37 Euro		309.454.369,13	371.879
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>2.069.448,17</u>	<u>(355.056)</u>
Nennbetrag	<u>2.002.000,00 Euro</u>			<u>1.294</u>
				(1.251)
			311.523.817,30	373.173
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			180.545.108,43	191.665
<b>6a. Handelsbestand</b>			<u>2.602.000,88</u>	-
<b>7. Beteiligungen</b>			<u>46.263.790,92</u>	<u>47.441</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
<b>9. Treuhandvermögen</b>			44.194,99	50
darunter:				
Treuhandkredite	<u>44.194,99 Euro</u>			<u>(50)</u>
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>			-,-	-
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		111.721,00		126
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			111.721,00	126
<b>12. Sachanlagen</b>			<u>18.267.123,46</u>	<u>19.977</u>
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			<u>6.262.591,25</u>	<u>4.239</u>
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			<u>1.501.211,89</u>	<u>1.762</u>
<b>15. Aktive latente Steuern</b>			-,-	-
<b>16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>			-,-	-
<b>Summe der Aktiva</b>			2.061.662.472,51	2.132.142

## Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2009 Tsd. EUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		7.082.623,28		4.992
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>245.355.976,37</u>		<u>321.220</u>
			252.438.599,65	<u>326.213</u>
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	528.428.008,74			558.117
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>135.052.161,40</u>			<u>99.700</u>
		663.480.170,14		<u>657.818</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	741.662.718,52			685.272
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>138.950.620,94</u>			<u>134.090</u>
		880.613.339,46		<u>819.362</u>
			1.544.093.509,60	<u>1.477.180</u>
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen		55.559.711,48		78.690
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		---		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	---			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	---			(-)
			55.559.711,48	<u>78.690</u>
<b>3a. Handelsbestand</b>			---	-
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			44.194,99	50
darunter:				
Treuhandkredite	44.194,99 Euro			(50)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			3.452.210,52	4.458
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			3.816.500,82	3.901
<b>6a. Passive latente Steuern</b>			---	-
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		10.010.684,00		9.214
b) Steuerrückstellungen		---		3.246
c) andere Rückstellungen		<u>16.004.970,70</u>		<u>18.109</u>
			26.015.654,70	<u>30.569</u>
<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			---	-
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			33.424.825,59	75.776
<b>10. Genussschaftskapital</b>			1.751.914,00	1.751
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	593.441,00 Euro			(589)
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			8.543.500,00	4.000
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	143.500,00 Euro			(-)
<b>12. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		---		-
b) Kapitalrücklage		---		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	128.949.337,64			126.025
cb) andere Rücklagen	---			-
		128.949.337,64		126.025
d) Bilanzgewinn		<u>3.572.513,52</u>		<u>3.529</u>
			132.521.851,16	<u>129.554</u>
<b>Summe der Passiva</b>			2.061.662.472,51	2.132.142
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		---		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		19.500.013,64		20.231
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		---		-
			19.500.013,64	<u>20.231</u>
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		---		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		---		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>109.864.624,51</u>		<u>49.634</u>
			109.864.624,51	<u>49.634</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2009 Tsd. EUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>73.870.458,11</u>			<u>78.606</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>11.519.788,42</u>			<u>14.374</u>
		85.390.246,53		<u>92.980</u>
<b>2. Zinsaufwendungen</b>		<u>41.347.630,83</u>		<u>59.542</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>81.026,51</u> Euro			<u>( - )</u>
			44.042.615,70	<u>33.438</u>
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>7.777.982,47</u>		<u>8.577</u>
b) Beteiligungen		<u>961.156,99</u>		<u>1.024</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>-</u>		<u>-</u>
			8.739.139,46	<u>9.600</u>
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			<u>-</u>	<u>-</u>
<b>5. Provisionserträge</b>		<u>14.929.455,39</u>		<u>14.780</u>
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		<u>965.754,39</u>		<u>1.008</u>
			13.963.701,00	<u>13.772</u>
<b>7. Nettoertrag des Handelsbestands</b>			<u>143.485,59</u>	<u>777</u>
darunter: Zuführungen zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	<u>143.500,00</u> Euro			<u>( - )</u>
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			<u>3.793.363,37</u>	<u>3.842</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	<u>97.298,74</u> Euro			<u>( - )</u>
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			<u>-</u>	<u>-</u>
			70.682.305,12	<u>61.429</u>
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>26.172.280,22</u>			<u>27.366</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Alters- versorgung	<u>7.384.176,07</u>			<u>7.627</u>
	<u>2.561.788,15</u> Euro	33.556.456,29		<u>34.993</u>
				<u>(2.742)</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>11.275.986,70</u>		<u>11.095</u>
			44.832.442,99	<u>46.088</u>
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			<u>2.317.091,64</u>	<u>2.446</u>
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			<u>7.808.328,95</u>	<u>1.027</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	<u>5.648.566,26</u> Euro			<u>( - )</u>
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>889.615,04</u> Euro			<u>( - )</u>
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft</b>		<u>-</u>		<u>-</u>
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft</b>			<u>228.160,37</u>	<u>5.430</u>
			228.160,37	<u>5.430</u>
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere</b>			<u>1.054.386,19</u>	<u>829</u>
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		<u>-</u>		<u>-</u>
			1.054.386,19	<u>829</u>
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			<u>-</u>	<u>-</u>
<b>18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			<u>4.400.000,00</u>	<u>4.000</u>
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			<u>10.498.215,72</u>	<u>12.469</u>
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>		<u>-</u>		<u>-</u>
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>		<u>2.300.973,24</u>		<u>-</u>
darunter:				
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes	<u>2.300.973,24</u> Euro			<u>( - )</u>
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>			<u>2.300.973,24</u>	<u>-</u>
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		<u>4.394.324,66</u>		<u>8.708</u>
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>		<u>230.404,30</u>		<u>232</u>
			4.624.728,96	<u>8.940</u>
<b>25. Jahresüberschuss</b>			<u>3.572.513,52</u>	<u>3.529</u>
<b>26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>			<u>-</u>	<u>-</u>
			3.572.513,52	<u>3.529</u>
<b>27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>-</u>	<u>-</u>
			3.572.513,52	<u>3.529</u>
<b>28. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>-</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>-</u>	<u>-</u>
<b>29. Bilanzgewinn</b>			<u>3.572.513,52</u>	<u>3.529</u>

## Anhang zum Jahresabschluss 2010

### Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde im Geschäftsjahr 2010 erstmalig unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt.

#### Übergangsvorschriften zum BilMoG

Gemäß Art. 67 Abs. 8 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) wurde auf die Anpassung der Vorjahreszahlen an die geänderten Bewertungsmethoden verzichtet.

Im Rahmen der Ausübung von Wahlrechten bei der erstmaligen Anwendung des BilMoG wird das bewegliche Sachanlagevermögen, soweit es bis 2009 zugegangen ist, weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen degressiv abgeschrieben.

Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen nach dem Grundsatz der umgekehrten Maßgeblichkeit resultierten, wurden beibehalten.

Durch die geänderte Bewertung der Rückstellungen im Rahmen der Erstanwendung des BilMoG ist bei einigen Rückstellungen eine Überdeckung entstanden, die wir in die Sicherheitsrücklage eingestellt haben.

Aufwendungen aus der erfolgswirksamen Umstellung auf die Vorschriften des BilMoG wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen. Erfolgsneutrale Erträge wurden unmittelbar in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Der durch die geänderte Bewertung der Pensionsrückstellungen im Rahmen der Erstanwendung des BilMoG entstandene Zuführungsbetrag wurde in vollem Umfang aufwandswirksam erfasst.

#### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2010 neben den aus der erstmaligen Anwendung des HGB und der RechKredV in der Fassung des BilMoG notwendigen Anpassungen ansonsten nicht verändert. Auch haben wir keine Veränderung der Zuordnung von Vermögensgegenständen zum Umlauf- oder Anlagevermögen vorgenommen.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit und Namensschuldverschreibungen) haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden auf die Zinsbindungsdauer bzw. die Laufzeit, dann max. 5 Jahre, verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten 5 Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Die in Aktiva 5 und 6 ausgewiesenen Vermögensgegenstände wurden unverändert dem Anlage- und Umlaufvermögen zugeordnet. Der gesamte Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken von Kreditinstituten.

Für die Wertpapiere und die Finanzinstrumente des Handelsbestandes haben wir untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen. Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Aktive Märkte haben wir im Wesentlichen für börsennotierte Aktien und Investmentfondsanteile festgestellt.

Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender Zeitwert verwendet. Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden (Zeit-) Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Die Handelsaktiva wurden mit dem Mittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Insbesondere aufgrund der weiterhin anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise waren jedoch die Märkte für überwiegende Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Lagern keine entsprechenden Informationen vor, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Bei diesen Marktinformationen handelt es sich u.a. um konkrete Kaufangebote oder herangezogene Vergleichsrenditen.

Für eine Anleihe erfolgte eine modellbasierte Bewertung mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell). Der aus dem Wertpapier nach den vertraglichen Vereinbarungen erwartete Cashflow wurde dabei mit einem geeigneten Zins abgezinst. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag (Spread) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins diente die aus dem Interbankenhandel abgeleitete "Swap-Kurve"; der Spread wurde mit Hilfe von Marktinformationen der Agentur Reuters, die mit Veröffentlichungen weiterer Marktteilnehmer plausibilisiert wurden, ermittelt.

Die Bewertung der Wertpapiere und der Finanzinstrumente des Handelsbestandes steht im Einklang mit dem Rechnungslegungshinweis RH 1.014 des IDW und der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung BFA 2 des Bankenfachausschusses.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert. Ausstehende vertragliche Verpflichtungen zur Leistung von Einlagen wurden gemäß Rechnungslegungsstandard HFA 18 des Instituts der Wirtschaftsprüfer nur dann aktiviert, wenn sie bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt nicht auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 (Ertragswertverfahren), da die Art bzw. der betragsliche Umfang unserer Beteiligungen dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen, die ab dem Jahr 2010 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Bewegliche Vermögensgegenstände bis 1.000 Euro sowie Software bis 410 Euro werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen bilanziert. Dabei werden die Vermögensgegenstände nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Insgesamt ergibt sich im Jahresabschluss 2010 ein über den Saldierungsbereich hinausgehender Überhang aktiver Steuerlatenzen, der in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert wurde.

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Erfüllungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf die Gesamtlaufzeit bzw. die Zinsbindungsdauer verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von 1,5 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 5,15 %.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen gebildet. Sie wurden bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurden dem Sonderposten gemäß § 340g HGB neue Mittel zugeführt. Zusätzlich wurde dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB ein entsprechender Betrag der Nettoerträge des Handelsbestandes zugeführt und dort gesondert ausgewiesen.

#### Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Von dem Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete oder nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung beseitigt wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten und Devisentermingeschäfte von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind, sowie um eine Währungsposition im Eigengeschäft, die durch ein Devisentermingeschäft gedeckt ist. Für die entsprechenden, zum Jahresende nicht abgewickelten Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen. Für das Devisentermineigengeschäft wurde der Terminkurs in seine Bestandteile Kassakurs und Swapsatz aufgeteilt, weil das Termingeschäft zur Sicherung zinstragender Bilanzpositionen dient. In diesem Fall ist der Unterschiedsbetrag zwischen Kassa- und Terminkurs bei Abschluss der Termingeschäfte zeitanteilig im Zinsergebnis enthalten. Die Umrechnung des Termingeschäfts wurde daher zum Devisenkassamittelkurs vorgenommen.

Die Aufwendungen und Erträge der besonders gedeckten Geschäfte wurden saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden unabhängig von der Restlaufzeit erfolgswirksam berücksichtigt und im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Die Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger wurden erfolgswirksam vereinnahmt und analog ausgewiesen.

Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden zum Kassakurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

#### Sonstige Erläuterungen zur Bilanz

Nach den Darstellungen zu den im Rahmen der Fortführungswahlrechte genannten Bilanzpositionen folgen Erläuterungen zur Bilanz in der Reihenfolge der Bilanzposten.

## Erläuterungen zur Bilanz

	<u>Euro</u>	<u>Euro i. Vj.</u>
<b>Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an die eigene Girozentrale	12.190.879,02	
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	10.018.172,34	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	10.258.875,40	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.597.642,47	
- mehr als fünf Jahre	31.869.275,81	
In folgendem Unterposten sind enthalten:		
b) andere Forderungen		
- nachrangige Forderungen	31.306.977,61	31.306.977,61

Die Bewertung dieser Forderungen lässt nach unserer Einschätzung im Zusammenhang mit den Folgewirkungen der Finanzmarktkrise derzeit keine Zahlungsausfälle erwarten.

<b>Aktiva 4 - Forderungen an Kunden</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.387.229,11	10.393.141,16
- nachrangige Forderungen	3.530.325,34	1.851.000,00
Für diese Forderungen aus öffentlichen Kreditprogrammen bestehen Haftungsfreistellungen in voller Höhe. Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	91.029.365,35	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	83.358.967,12	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	381.126.196,61	
- mehr als fünf Jahre	757.168.645,82	
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	68.491.388,56	

<b>Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Beträge, die bis zum 31.12.2011 fällig werden	92.561.859,50	
- nachrangige Vermögensgegenstände	10.841.080,84	13.304.563,84
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	295.435.276,26	
- nicht börsennotiert	16.088.541,04	

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Festverzinsliche gedeckte Wertpapiere	29,9	nein	Indikativer Preis
Festverzinsliche sonstige Wertpapiere	140,7	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche Wertpapiere	127,1	nein	Indikativer Preis
Wertpapier aus Bewertungseinheit	5,8	nein	Bewertungsmodell
Zurückgekaufte eigene IHS	2,0	ja	Marktpreis

**Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**

In diesem Posten sind enthalten:

- nachrangige Vermögensgegenstände 1.470.000,00 5.453.192,99

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an folgenden, nach Anlagezielen gegliederten inländischen Investmentvermögen im Sinne des Investmentgesetzes (InvG).

	Buchwert Mio. Euro	Marktwert Mio. Euro	Diff. Marktwert - Buchwert Mio. Euro	Ausschüttung 2010 Mio. Euro
<b>Rentenfonds:</b>				
<b>Spezialfonds Graf-Engelbert II</b> Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer schwerpunktmäßigen Investition in dänische Staatsanleihen und Pfandbriefe, wobei das Währungsrisiko gehedged ist.	15,5	16,6	1,1	0,6
<b>Spezialfonds Graf-Adolf II</b> Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer schwerpunktmäßigen Investition im Investmentgrade-Bereich von europäischen Unternehmen mit einer sehr breiten Streuung (Einzelwert i.d.R. nicht größer als 300 Tsd. Euro).	32,5	32,5	0,0	1,5
<b>Nord/LB AM Emerging Markets Bonds Fonds</b> Die Anlage erfolgt zu 100 % in Rentenpapieren (Emerging Markets).	5,0	5,1	0,1	0,4
<b>Mischfonds:</b>				
<b>Spezialfonds Graf-Engelbert I</b> Die Anlage erfolgt zu 70 % in Rentenpapieren (überwiegend Staats- und andere besicherte Anleihen) und zu 30 % in europäischen Standardaktien. Z.Z. entfallen ca. 18 % des Fondsvermögens auf High Yields.	67,4	77,3	9,9	2,9
<b>Spezialfonds Graf-Adolf I</b> Die Anlage erfolgt z.Z. zu ca. 48 % in Aktien (Euro-Stoxx-Werte) und zu ca. 52 % in Renten (überwiegend europäische Staatsanleihen und Pfandbriefe). Ziel ist ein Aktienanteil von 30 % und ein Rentenanteil von 70 %.	24,9	24,9	0,0	0,9
<b>Spezialfonds Graf-Adolf III</b> Der Investitionsgrad variiert je nach vorliegendem Trend zwischen 0 und 100 % Aktien (Euro-Stoxx-Werte) oder Renten (Staats- und andere besicherte Anleihen). Die Steuerung der Investitionsquote bzw. der Laufzeiten erfolgt über Futures. Die Anlage erfolgt z.Z. zu 35 % in Aktien und zu 56 % in Renten (der Rest sind liquide Mittel und sonstige Forderungen).	22,5	23,7	1,2	0,7

Bei allen Investmentfonds ist eine tägliche Rückgabe möglich.  
Es wurden keine Abschreibungen unterlassen.

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestandes zu vermitteln. Die in der obigen Aufstellung enthaltenen Fondsanteile sind hierin enthalten:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Spezialfondsanteile	82,3	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Publikumsfondsanteile	28,8	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Genussscheine	1,5	nein	Indikativer Preis
<u>Anlagevermögen</u>			
Aktien	0,6	ja	Börsen-/Marktpreis
Spezialfondsanteile	67,4	ja	Rücknahmewert gem. InvG

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert 3.004.081,72

- nicht börsennotiert 17.863.199,36

**Aktiva 6a - Handelsaktiva**

Innerhalb des Geschäftsjahres haben wir die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Der Handelsbestand besteht ausschließlich aus Aktien (2.153,3 Tsd. Euro) und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (448,7 Tsd. Euro).

Finanzinstrumente des Handelsbestandes wurden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert. Als beizulegender Zeitwert wurde der Börsenkurs bzw. der Rücknahmewert gem. InvG angesetzt. In Übereinstimmung mit unserer Vorgehensweise bei der internen Risikosteuerung wurde der Risikoabschlag für die Finanzinstrumente des Handelsbestandes anhand der dort angewandten Value-at-Risk-Methode (VAR) ermittelt. Dabei wurde eine Haltedauer von 10 Tagen, ein Beobachtungszeitraum von 250 Tagen bei einem Konfidenzniveau von 99 % zu Grunde gelegt. Der unter diesen wesentlichen Annahmen ermittelte Risikoabschlag beträgt 437.626,12 Euro.

Der beizulegende Zeitwert der Finanzinstrumente des Handelsbestandes wurde nach allgemein anerkannten Methoden ermittelt. Einzelheiten hierzu sind unter den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben.

Die laufenden Dividendenerträge werden in Übereinstimmung mit unserer internen Steuerung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen.

**Aktiva 7 - Beteiligungen**

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gem. § 285 Nrn. 11 und 11a HGB verzichtet.

**Aktiva 9 - Treuhandvermögen**

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

**Aktiva 12 - Sachanlagen**

In diesem Posten sind enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	8.816.858,62
---	--------------

**Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten**

In diesem Posten sind enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	1.133.941,08	1.348.343,53
--	--------------	--------------

## Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15 % zzgl. hierauf 5,5 % Solidaritätszuschlag und einem Gewerbesteuersatz von 16,10 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Sachanlagen, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Rückstellungen.

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 3.471.495,47 Euro.

## Entwicklung des Anlagevermögens

in Euro	Anschaffungs- kosten	Zugänge	Veränderungen während des Berichtsjahres			Abschrei- bungen insgesamt	Bilanzwert zum 31.12.2010	Bilanzwert zum 31.12.2009	Abschrei- bungen des Geschäftsjahres	Abschrei- bungen des Vorjahres
			Abgänge	Umbuchungen	Zuschrei- bungen					
Grundstücke und Gebäude	72.174.967,89	219.672,56	905.300,40	0,00	0,00	15.192.473,46	16.601.045,27	1.274.159,88	1.335.035,32	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.605.301,06	667.882,75	1.288.452,07	0,00	0,00	3.074.650,00	3.375.764,68	968.424,43	1.021.442,62	
Immaterielle Anlagewerte	1.582.542,06	60.563,33	75.537,07	0,00	0,00	111.721,00	125.665,00	74.507,33	89.472,74	
			Veränderungen zusammengefasst							
Schuldv. u. andere festv. Wertpapiere	0,00				+	0,00	0,00			
Aktien u. andere nicht festv. Wertpapiere	67.969.271,06				+	67.969.271,06	67.969.271,06			
Beteiligungen	49.268.451,84				-	46.263.790,92	47.440.812,12			
Anteile an Wohnungs- baugenossenschaften	92.550,00				-	80.550,00	92.550,00			
Sonstige Vermögens- gegenstände	101.019,73				+	101.019,73	101.019,73			

**Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	7.635.356,16	
Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	1.959.044,91	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	27.727.535,14	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	77.178.127,24	
- mehr als fünf Jahre	132.288.168,02	

**Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	257.994,27	225.402,80
Der Unterposten ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	32.141.438,42	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	74.480.841,31	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	28.078.532,02	
- mehr als fünf Jahre	351.349,65	
Der Unterposten bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	41.786.369,27	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	23.859.030,82	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	66.886.717,65	
- mehr als fünf Jahre	6.030.237,01	

**Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten**

Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2011 fällige Beträge enthalten:

18.576.669,80

**Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten**

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

**Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten**

In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von

3.187.842,74 3.312.741,72

## Passiva 9 - Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

Betrag	Zinssatz	Fälligkeit	vorz. Rückzahlungsverpflichtung
5.112.918,81 Euro	6,90%	17.01.2011	nein

Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,384 % und ursprüngliche Laufzeiten von 6 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 15,5 Mio.Euro zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 2.121.778,08 Euro angefallen.

## Passiva 12 - Eigenkapital

Erfolgsneutrale Effekte aus der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes in Höhe von 144.967,61 Euro sind in der Sicherheitsrücklage enthalten.

## Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

## Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen. Sofern im Einzelfall nicht davon ausgegangen werden kann, haben wir eine ausreichende Risikovorsorge gebildet.

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 27.651.336,91 Euro.

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Sicherungsabtretung von Kreditforderungen an die NRW.Bank für Weiterleitungsmittel in Höhe von 115.949.960,39 Euro

Die Sparkasse hat im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken Deckungsgeschäfte in Form von Swapgeschäften sowie im Rahmen der Steuerung von Währungsrisiken ein Devisentermingeschäft abgeschlossen.

Die noch nicht abgewickelten Devisentermingeschäfte mit Kunden wurden betrags-, währungs- und fristenkongruent durch Devisentermingeschäfte mit der WestLB AG gedeckt. Außerdem besteht ein Zinswährungsswap.

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente, bei denen es sich ausschließlich um OTC-Produkte handelt, wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. Euro				Beizulegende Zeitwerte <sup>1)</sup> in Mio. Euro	Buchwerte in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt		
	bis 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre			
<b>Zinsbezogene Geschäfte</b>						
Zinsswaps	27,5	132,5	89,5	249,5	-17,0	
davon: Deckungsgeschäfte	27,5	132,5	89,5	249,5	-17,0	
Zinsswaps	0,0	0,0	10,0	10,0	0,6	
davon: Deckungsgeschäfte	0,0	0,0	10,0	10,0	0,6	
<b>Währungsbezogene Geschäfte</b>						
Zinswährungsswaps	13,5	0,0	0,0	13,5	-2,6	2,6
davon: Deckungsgeschäfte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Devisentermingeschäfte	7,7	0,0	0,0	7,7	0,4	
davon: Deckungsgeschäfte	7,7	0,0	0,0	7,7	0,4	
<b>Währungsbezogene Geschäfte mit Kunden</b>	<b>Nominalbeträge</b> in Mio. Euro		<b>Beizulegende Zeitwerte</b> in Mio. Euro		<b>Restlaufzeiten</b>	
Devisentermingeschäfte mit Kunden	11,4		0,2		bis 1 Jahr	
mit WestLB AG (Deckungsgeschäfte)	11,4		-0,2		bis 1 Jahr	

<sup>1)</sup> Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price).

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für die Swapgeschäfte wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2010 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen.

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften mit Kunden und deren Deckungsgeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Dieser wurde dem Handelssystem der WestLB entnommen.

Das im Rahmen der Steuerung von Währungsrisiken abgeschlossene Devisentermingeschäft haben wir als besonders gedecktes Geschäft behandelt, da es zur Deckung einer zinstragenden Position dient. Die Bewertung wurde im ersten Teil des Anhangs unter "Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang" erläutert.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

## Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte wurden einheitlich bilanziert und verbunden bewertet.  
Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

### Bewertungseinheiten:

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die bilanzielle Behandlung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW ERS HFA 35. Auf dieser Basis ermitteln wir für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Wir differenzieren dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen.

Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sog. "Einfrierungsmethode" außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, bilden wir für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Sofern im Wesentlichen alle wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, unterstellen wir einen vollständigen Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical Term Match Methode). Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage jeder Bewertungseinheit ist eine Dokumentation u. a. unserer Sicherungsabsicht und Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten. Zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung wenden wir folgendes Verfahren an: Simulation anhand des Tools "Rendite und Derivate" der Moosmüller und Knauf AG.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde folgender Posten einbezogen:

Vermögensgegenstand	einbezogener Betrag in Euro	Art der Bewertungseinheit	gesichertes Risiko
Schuldverschreibung	9.500.000,00	Micro-hedge	Zinsänderungsrisiko

Mit der Bewertungseinheit wurden Zinsänderungsrisiken mit einem Gesamtbetrag von 9,5 Mio. Euro abgesichert.

In der nachfolgenden Aufstellung ist dargestellt, warum, in welchem Umfang und für welchen Zeitraum sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen.

Risiko	Grundgeschäft			Sicherungsinstrument		Art der Bewertungseinheit	Prospektive Effektivität
	Art	Art	Betrag Mio. Euro	Risiko	Betrag Mio. Euro		
Zins	Zinsänderungsrisiko	Schuldverschreibung	9,5	Zinsswap	9,5	Micro-hedge	Critical Term Match

Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäftes bzw. des Sicherungsgeschäftes.

## **Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen:**

Die Anteilseigner der WestLB AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV - mit rd. 25,03 %) haben in einem „verbindlichen Protokoll“ am 24.11.2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG vereinbart. Die Verbandsversammlung des RSGV hat am 10.12.2009 den Vorstandsvorsitzer ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Verträge zu unterzeichnen und Erklärungen abzugeben.

Auf dieser Grundlage wurden am 11.12.2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (1,61 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2010 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse nach Ablauf von 10 Jahren findet dann unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 2,5 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2010 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2010 betrug der Umlagesatz 4,25 % der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2011 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) neu festgesetzt.

Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und stetiger Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht wird. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zzt. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht der RZVK werden die Leistungen zu etwa 20 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Der "Kapitaldeckungsgrad" beträgt etwa 27 %. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli um 1 % ihres Betrages erhöht.

Der für den derzeit nicht vorgesehenen Fall einer Beendigung der Mitgliedschaft oder eines Wechsels in den kapitalgedeckten Abrechnungsverband II anfallende Ausgleichsbetrag belief sich Ende 2009 auf 55,4 Mio. Euro. Der Ausgleichsbetrag wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen von der RZVK berechnet und umfasst den Barwert der Leistungsverpflichtungen der RZVK, die aus der Mitgliedschaft der Stadt-Sparkasse Solingen im umlagefinanzierten Abrechnungsverband I resultieren. Für die Ermittlung wird ein Rechnungszins von zzt. 2,25 % herangezogen; das Kassenvermögen der RZVK (Kollektivvermögen aller Mitglieder im umlagefinanzierten Abrechnungsverband I) bleibt unberücksichtigt. Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit des bei Ermittlung des Ausgleichsbetrages zu Grunde gelegten Rechnungszinses mit den unmittelbaren Pensionsverpflichtungen geben wir informativ zusätzlich den Betrag an, der sich bei einem Zinssatz von 5,16 % (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. Rückstellungsabzinsungsverordnung) ergeben hätte. Dieser Betrag beläuft sich auf 35,4 Mio. Euro.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 24,6 Mio. Euro im Jahr 2010 1,9 Mio. Euro.

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	166 Tsd. Euro
b) für andere Bestätigungsleistungen	67 Tsd. Euro
c) für sonstige Leistungen	<u>0 Tsd. Euro</u>
Gesamthonorar	<u><u>233 Tsd. Euro</u></u>

**Mitarbeiter/-innen:**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	407
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>196</u>
	<u>603</u>
Auszubildende	<u>38</u>
Insgesamt	<u><u>641</u></u>

## Verwaltungsrat

### Mitglieder:

Oberbürgermeister  
Norbert Feith  
vorsitzendes Mitglied

Ulrich Uibel  
Vorstand Wohnungsbaugenossenschaft  
1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Heinz Bender  
Rentner  
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Franz Haug  
Oberbürgermeister i.R.  
Bernd Krebs  
Pensionär  
Horst Westkämper (bis 31.12.2010)  
selbst. Unternehmensberater  
Dr. Kay Zerlin  
Regierungsrat im Ministerium für  
Innovation, Wissenschaft und Forschung  
Julia Freiwald  
Rentnerin  
Heinz-Eugen Bertenburg  
Pensionär  
Birgül Ünlü  
Studentin

### Vertreter der Dienstkräfte:

Sandra Klingelhöller  
Kristian Winkelhoch  
Lothar Krause  
Manuel Drewes  
René Tzschabran

### Stellvertreter:

Iris Preuß-Buchholz  
MdL

Martin Bender  
Personalreferent pharmazeutischer Großhandel

Rolf Jacobi  
Rentner  
Frank Schütz  
selbst. Immobilienkaufmann  
Kai Sturmfels  
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät  
Heinz Schreiber  
Rentner

Ursula Linda Zarniko  
Studentin  
Jürgen-Hugo Hans  
Pensionär  
Reiner Gerhards (bis 10.01.2010)  
Rentner

Bettina Schilske  
Peter Frank  
Carsten Buder  
Stefan Bensberg  
Frank Dehl

## Vorstand

Lothar Heinemann, vorsitzendes Mitglied

Manfred Kartenberg, Mitglied

Harald Samorey, Mitglied

Detlef Wagner, stellv. Mitglied gem. § 19 Abs. 2 SpkG NW \*

\* nicht berücksichtigt im Rahmen der Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB i.V. mit § 286 Abs. 4 HGB

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 523,0 Tsd. Euro gewährt.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 65,1 Tsd. Euro gewährt und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von insgesamt 2.498,1 Tsd. Euro ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 376,4 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 3.406,6 Tsd. Euro.

Solingen, 03. März 2011

Vorstand

Heinemann

Kartenberg

Samorey

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt-Sparkasse Solingen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 13. Mai 2011

Prüfungsstelle des  
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Bleck  
Wirtschaftsprüfer

Behnke  
Verbandsprüferin

## Freiwillige Offenlegung der Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates außerhalb des Jahresabschlusses

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Hauptausschuss/Bilanzprüfungsausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 281,21 € je Sitzung gezahlt. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrats für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. Risikoausschuss einen jährlichen Pauschalbetrag von 1.533,88 €. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2010 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Betrag in Tsd. EUR
Norbert Feith	9,1
Ulrich Uibel	4,0
Heinz Bender	5,6
Franz Haug	8,3
Bernd Krebs	3,2
Horst Westkämper	3,5
Dr. Kay Zerlin	4,8
Julia Freiwald	2,9
Heinz-Eugen Bertenburg	2,7
Birgül Ünlü	2,9
Sandra Klingelhöller	3,5
Kristian Winkelhoch	2,9
Lothar Krause	5,0
Manuel Drewes	2,9
René Tzschabran	2,9

## IMPRESSUM

Text und Inhalt  
Druck

Stadt-Sparkasse Solingen  
M + M Blümel GmbH + Co. KG

# NOTIZEN

---



